

Tagungsbericht

Migration, Konfusion, Integration?

Zuwanderungspolitik zwischen humanitärer Verpflichtung und ökonomischer Vernunft

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft
am 12. April 2016 in Berlin



Inhaltsverzeichnis

- 2 **Begrüßung**
Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

- 3 **Ungesteuerte Zuwanderung von Flüchtlingen – droht den sozialen Sicherungssystemen der Ruin?**
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen
*Universität Freiburg,
 Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft*

- 4 **Die Integration von Flüchtlingen – wie kann sie gelingen und was bedeutet sie für den Arbeitsmarkt?**
Prof. Dr. Herbert Brücker
*Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
 der Bundesagentur für Arbeit, Universität Bamberg*

- 5 **Status quo, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven bei der Integration von Flüchtlingen**
Peter Altmaier MdB
*Chef des Bundeskanzleramtes und
 Bundesminister für besondere Aufgaben*

- 6 **Dr. h.c. Frank-J. Weise**
*Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur
 für Arbeit, Leiter des Bundesamtes
 für Migration und Flüchtlinge*

- 7 **Wie bewältigen wir die Flüchtlingsströme nach Deutschland und Europa und wie kann die Integration der Flüchtlinge gelingen?**
Dr. Matthias Ruete
*Generaldirektor der Generaldirektion Migration
 und Inneres der Europäischen Kommission*

Dr. Carsten Linnemann MdB
*CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
 Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales,
 Bundesvorsitzender der Mittelstands- und
 Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU*

- 8 **Luise Amtsberg MdB**
*Sprecherin für Flüchtlingspolitik
 der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen*

Dilek Kolat MdA
*Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit,
 Integration und Frauen des Landes Berlin*

Moderation der Veranstaltung

Margaret Heckel



(v.li.)
 Dr. h.c. Frank-J. Weise
 Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen
 Luise Amtsberg MdB

 Dilek Kolat MdA
 Peter Altmaier MdB
 Dr. Carsten Linnemann MdB

 Prof. Dr. Herbert Brücker
 Dr. Matthias Ruete
 Margaret Heckel
 Prof. Dr. Michael Eilfort

Begrüßung

Prof. Dr. Michael Eilfort

Vorstand Stiftung Marktwirtschaft



„Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich“. Mit diesem Zitat von Bundespräsident Joachim Gauck fasste Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, die Situation zusammen, in der sich Deutschland angesichts des Flüchtlingszustroms seit Mitte 2015 befinde. In Anbe-

tracht der unabwiesbaren Notsituation, in der viele Bürgerkriegsflüchtlinge in ihrer Heimat sind, sei ihre Aufnahme ein humanitäres Gebot, dem man sich nicht verschließen könne. „Die deutsche Hilfsbereitschaft im Jahr 2015 war eine große humanitäre und politische Geste, mit der Deutschland in Europa ein Zeichen gesetzt hat und seiner besonderen historischen Verantwortung gerecht geworden ist“, betonte der Stiftungsvorstand.

Allerdings dürfe man die ökonomischen Konsequenzen, die mit dem ungesteuerten Zustrom hunderttausender Flüchtlinge verbunden seien, nicht außer Acht lassen, argumentierte Eilfort. „Keiner kann allen helfen und alles kann keiner schaffen“. Eine ökonomische Rendite sei von einer ungesteuerten Zuwanderung nicht zu erwarten. Vielmehr müsse man dauerhaft von einer milliardenschweren fiskalischen Belastung ausgehen. Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen und niedriger Zinsen könne der Staat diese Kosten im Moment zwar verkraften. Mittel- und langfristig drohe sich das Bild aber zu wenden, zumal die Große Koalition den zukünftigen Steuer- und Beitragszahlern auch an anderer Stelle beträchtliche finanzielle Lasten aufbürde. Würden Flüchtlinge als „Sozialleistungskonkurrenz“ gesehen, seien auch an den Wahlurnen ungute Entwicklungen zu befürchten.

Wichtig sei daher eine konstruktive Diskussion, um angesichts begrenzter Integrationskapazitäten zielführende Lösungen zu finden, die sowohl den humanitären als auch den ökonomischen Herausforderungen Rechnung tragen.

Impressum

Dr. Susanna Hübner (Vi.S.d.P.)
 Stiftung Marktwirtschaft
 Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
 Tel.: (030) 20 60 57-0, www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartner/Text: **Dr. Guido Raddatz**
raddatz@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Kay Herschelmann

Ungesteuerte Zuwanderung von Flüchtlingen – droht den sozialen Sicherungssystemen der Ruin?

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Universität Freiburg,

Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen legte in seinem Vortrag den Fokus auf die zu erwartenden langfristigen Kosten der ungesteuerten Flüchtlingsmigration. Dazu nutzte er das Instrument der Generationenbilanzierung. Dieses stellt im Kern eine Projektionsrechnung über die zukünftigen Einnahmen und Ausgaben des Staates dar, wobei demographische Veränderungen explizit berücksichtigt werden. Zentrale Ergebnisgrößen der Generationenbilanz sind die impliziten Staatsschulden, die aus der Summe aller zukünftigen (Primär-)Defizite des Staates resultieren, sowie die Nachhaltigkeitslücke. Letztere berücksichtigt zusätzlich die bereits bestehenden expliziten Schulden und kann als Maß für die staatliche Gesamtverschuldung interpretiert werden.

Raffelhüschen betonte, dass Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten stets ein Zuwanderungsland war. Die damit einhergehende Verjüngung der Bevölkerung wertete er angesichts einer stark alternden „Bestandsbevölkerung“ grundsätzlich als positiv. Zugleich zeige das starke Auf und Ab des Wanderungssaldos in der Vergangenheit, dass man nicht einfach den Rekordzuwanderungssaldo des Jahres 2015 fortschreiben dürfe, sondern sich am langfristigen Durchschnitt orientieren müsse. Für die Zeit nach 2020 habe er in seinen Berechnungen dementsprechend einen jährlichen Wanderungssaldo von 150.000 Personen unterstellt.

Neben der demographischen Projektion stellen sogenannte Nettoszahlungsprofile den zweiten zentralen Baustein der Generationenbilanzierung dar, erläuterte Raffelhüschen. Sie geben für jede Alterskohorte die Differenz zwischen den an den Staat geleisteten Zahlungen und den vom Staat empfangenen Leistungen an. Sowohl am Anfang als auch am Ende des Lebenszyklus lägen die Nettoszahlungen im negativen Bereich, da die empfangenen staatlichen Leistungen in diesem Zeitraum überwögen. In der dazwischenliegenden Erwerbsphase seien die Nettoszahlungen eines durchschnittlichen Individuums hingegen positiv. Um die fiskalischen Effekte von Migration möglichst realistisch zu erfassen, könne man zudem zwischen der in Deutschland lebenden

ausländischen Bevölkerung und deutschen Staatsbürgern differenzieren: Dabei zeige sich, dass Ausländer während der Erwerbsphase im Durchschnitt etwas niedrigere Nettoszahlungen leisteten, zu Beginn und am Ende des Lebenszyklus aber annähernd gleich hohe Nettotransfers erhielten.

Berücksichtigt man diese fiskalische Divergenz und unterstellt man darüber hinaus, dass neue Zuwanderer im Durchschnitt etwa sechs Jahre benötigen, um sich so in den Arbeitsmarkt zu integrieren, dass sie fiskalisch den bereits hier lebenden Ausländern entsprechen, dann resultiere – unter Vernachlässigung der aktuellen Flüchtlingswelle – eine Nachhaltigkeitslücke in Höhe von 275 Prozent des BIP, erläuterte der Wissenschaftler. In einem weiteren Szenario ermittelte Raffelhüschen die zu erwartenden fiskalischen Effekte der rund zwei Millionen Flüchtlinge, deren Kommen er auch auf den „Willkommensgruß“ der Bundesregierung im Sommer 2015 zurückführte. Durch sie erhöhe sich die Nachhaltigkeitslücke um gut 30 Prozent des BIP, was umgerechnet langfristigen Kosten von insgesamt rund 900 Mrd. Euro oder 17 Mrd. Euro pro Jahr entspreche.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in anderen Ländern müsse man die Annahme einer „nur“ sechsjährigen Integrationsdauer allerdings als überaus optimistisch bezeichnen. Angesichts der sich abzeichnenden schlechten Qualifikationen vieler Flüchtlinge, die eine schnelle Arbeitsmarktintegration unwahrscheinlich machten, sei schon heute absehbar, dass viele von ihnen im Alter auf Grundsicherung angewiesen sein werden. „Wer mit Anfang 30 zuwandert und mit Ende 30 einen schlecht bezahlten Job findet, kann es nicht mehr schaffen, ausreichende Rentenansprüche zu erwerben“, warnte der Ökonom. Sollte darüber hinaus die Integration der „zweiten Generation“ scheitern, werde es noch einmal teurer. Wenn es hingegen gelänge, Zuwanderung nach Qualifikationskriterien zu steuern, könnte dies zu einem deutlichen Rückgang der Nachhaltigkeitslücke führen. „Von qualifizierten Zuwanderern können wir nicht genug bekommen“, schloss Raffelhüschen seine Ausführungen.



Die Integration von Flüchtlingen – wie kann sie gelingen und was bedeutet sie für den Arbeitsmarkt?

Prof. Dr. Herbert Brücker

*Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der
Bundesagentur für Arbeit, Universität Bamberg*

Prof. Dr. Herbert Brücker leitete seinen Vortrag zu den arbeitsmarktpolitischen Implikationen der Flüchtlingskrise mit dem Hinweis ein, dass die Aufnahme von Flüchtlingen nicht nur als humanitärer Akt, sondern auch ökonomisch begründet werden könne. Befände man sich unter einem Schleier des Nichtwissens über die eigene Lebenssituation, würde man sich aus Eigeninteresse auf einen Flüchtlingsschutz einigen – so seine Überzeugung. Dieser könne als Versicherung interpretiert werden, nicht in Regionen leben zu müssen, in denen Krieg und Verfolgung an der Tagesordnung sind.

Brücker wandte sich zunächst den quantitativen Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf den Arbeitsmarkt zu. Von den 1,1 Mio. Flüchtlingen, die 2015 registriert worden seien, hielten sich noch maximal 800.000 in Deutschland auf. Rund 600.000 von ihnen seien im erwerbsfähigen Alter. Im Jahr 2016 könnten nach ersten Schätzungen noch einmal zwischen 200.000 und 300.000 Flüchtlinge in dieser Altersgruppe dazukommen. Wie schnell sie dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehen werden, hänge ganz wesentlich von der Entscheidungsfrequenz des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ab. „Eine realistische Chance auf Arbeitsmarktintegration hat nur jemand, der einen anerkannten Schutzstatus hat“, erläuterte der Ökonom.

Hinsichtlich der Qualifikationsstruktur der Flüchtlinge lägen bislang nur vorläufige, nicht repräsentative Daten vor. Diese deuteten bei der Schul- und Hochschulbildung auf eine starke Polarisierung an den beiden Enden des Qualifikationsspektrums hin: Demnach hätten 46 Prozent der mit Bleibewahrscheinlichkeit gewichteten Flüchtlinge ein Gymnasium oder eine Hochschule besucht, 25 Prozent hingegen gar keine Schule oder nur eine Grundschule. Vor dem Hintergrund des schlechten Abschneidens in früheren internationalen Schulvergleichsstudien müsse man zudem die Qualität der schulischen Bildung in den Herkunftsländern kritisch hinterfragen. Skeptisch bewertete der Arbeitsmarktforscher des IAB vor allem die berufliche Qualifikation vieler Flüchtlinge, da über 70 Prozent der Staatsbürger aus

den Asylherkunftsländern keine abgeschlossene Berufsausbildung hätten.

Frühere Phasen hoher Flüchtlingsmigration nach Deutschland hätten gezeigt, dass ihre Arbeitsmarktintegration nur langsam vorstättengeht und deutlich länger als bei anderen Migrantengruppen dauert. Während die durchschnittliche Erwerbsbeteiligung der Flüchtlinge erst nach knapp 15 Jahren das Niveau anderer Migrantengruppen erreicht habe, bestünden bei den Verdiensten selbst nach diesem Zeitraum noch deutliche Unterschiede. Angesichts ähnlicher Qualifikationsstrukturen heutiger und früherer Flüchtlinge müsse man für die Gegenwart eine ähnlich problematische Entwicklung befürchten. Alles in allem, schlussfolgerte Brücker, sei die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge eine große Herausforderung, deren Bewältigung man nicht durch zusätzliche Hürden, wie beispielsweise eine Vorrangprüfung, erschweren sollte. Vom Mindestlohn erwartete er hingegen keine unüberwindbaren Probleme für die Arbeitsmarktintegration, da die Stundenverdienste der meisten Flüchtlinge bereits in der Vergangenheit oberhalb des Mindestlohns gelegen hätten. Darüber hinaus hielt er Befürchtungen für unbegründet, dass die einheimische Bevölkerung durch Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt verdrängt werden könnte. Seine eigenen Simulationsrechnungen zeigten, dass die Effekte eher gering seien und Einheimische mit Ausnahme von Geringqualifizierten sogar profitierten. Eine deutliche Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt sei allerdings bei bereits in Deutschland lebenden Zuwanderern zu erwarten, insbesondere wenn sie nur über geringe Qualifikationen verfügten.

Brücker schloss mit einigen Politikempfehlungen. Dabei forderte er u.a. eine möglichst schnelle Herstellung von Rechtssicherheit sowohl für die Unternehmen als auch die Flüchtlinge, eine Konzentration auf die zielgerichtete Förderung der Sprachkompetenzen, die Integration der jüngeren Flüchtlinge in Schulen, Hochschulen bzw. Ausbildung, Verbesserungen bei der Zertifizierung von Fähigkeiten und Abschlüssen sowie einen Ausbau der Arbeitsvermittlung.



Status quo, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven bei der Integration von Flüchtlingen

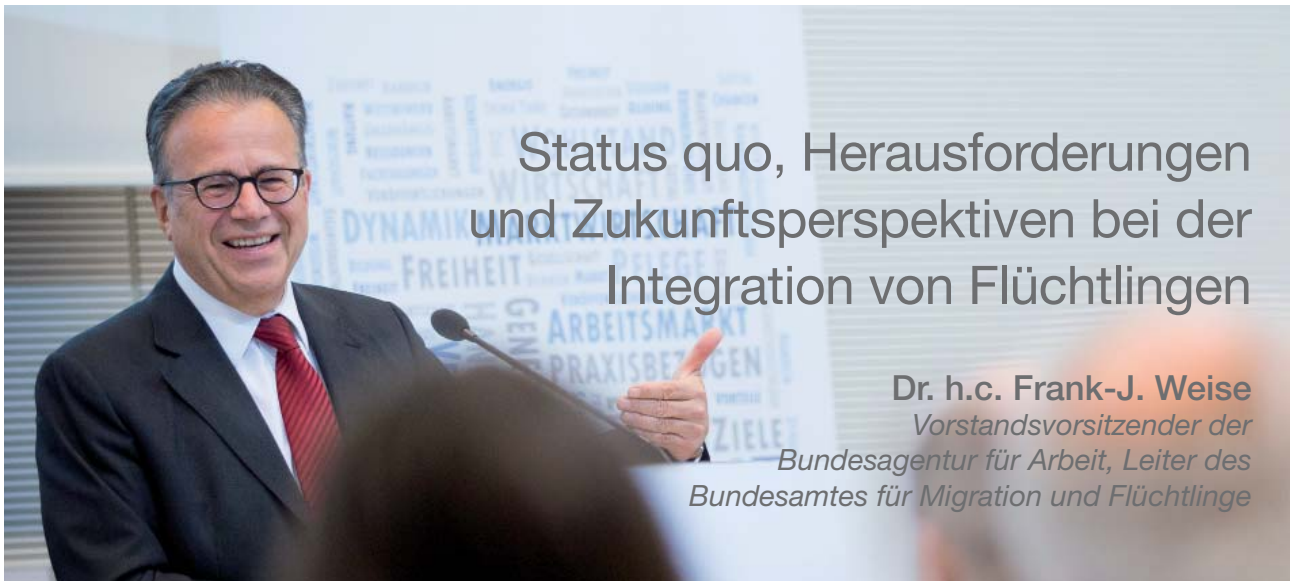
Peter Altmaier MdB
*Chef des Bundeskanzleramtes und
Bundesminister für besondere Aufgaben*

Peter Altmaier MdB, Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, erläuterte in seiner Rede die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und skizzierte die seit Sommer 2015 eingeleiteten Schritte, um die Herausforderungen durch den Flüchtlingszustrom nachhaltig zu lösen. Er betonte, dass man die verschiedenen Aspekte der Debatte – humanitäre, innenpolitisch-gesellschaftliche und geostrategische – in einem Gesamtzusammenhang sehen müsse und nicht nur einzelne Punkte isoliert herausgreifen dürfe.

Grundsätzlich unterschied der Minister zwischen einer gesteuerten, in erster Linie an Arbeitsmarktkriterien orientierten Zuwanderung und der durch Bürgerkrieg, Elend und Verfolgung verursachten Flüchtlingsmigration. Bei Ersterer sei es gerechtfertigt, Zuwanderer nach den eigenen volkswirtschaftlichen Interessen auszuwählen. Daher hätten in der Vergangenheit CDU und CSU immer wieder darauf gedrängt, dass keine massenhafte Zuwanderung über das Asylrecht oder die Genfer Flüchtlingskonvention in die Sozialsysteme stattfinden dürfe, und sich erfolgreich dafür eingesetzt, den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten auszuweiten. Etwas anderes gelte für Flüchtlinge aus Ländern, in denen beispielsweise Bürgerkrieg herrscht. Dann gebe es jenseits arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Überlegungen einen humanitären Imperativ. „Wenn die Not sehr groß ist, muss man helfen“, betonte der CDU-Politiker. Angesichts der drohenden humanitären Katastrophe sei die Entscheidung im Herbst 2015, die Grenzen offen zu halten, richtig gewesen. Weltweit habe es dafür große Anerkennung gegeben. „Niemand hätte es verstanden, wenn Deutschland als europäisch-christlich geprägtes und wirtschaftlich starkes Land mit 80 Millionen Einwohnern erklärt hätte, wir sehen uns außerstande, einige hunderttausend Flüchtlinge für eine begrenzte Zeit bei uns aufzunehmen“, so Altmaier. Sobald die Schutzgründe wegfielen, müssten die Flüchtlinge allerdings wieder – wie auch nach früheren Krisen in den 1990er Jahren – in ihre Heimatländer zurückkehren.

Der Minister ergänzte, dass die Aufnahme der Flüchtlinge auch unter geostrategischen Aspekten richtig gewesen sei. Deutschland müsse sich konstruktiv an der Lösung der Flüchtlingsproblematik beteiligen. Außerdem müsse eine weitere Destabilisierung der Krisenregionen – insbesondere auch in den von den Flüchtlingsströmen besonders betroffenen Nachbarstaaten – verhindert werden. In Jordanien und im Libanon machten die Schutzsuchenden inzwischen bis zu einem Viertel der Gesamtbevölkerung aus. Auch die Türkei biete mit rund drei Millionen Flüchtlingen deutlich mehr Menschen Schutz als die Mitgliedstaaten der EU. Mit dem Argument, dass sie zudem als zentrales Transitland eine Schlüsselrolle in der Flüchtlingskrise einnehme, verteidigte der Kanzleramtschef die Zusammenarbeit mit der Türkei. Der im März geschlossenen Vereinbarung seien zwar schwierige Verhandlungen – auch innerhalb der EU – vorausgegangen, aber sie stelle einen wichtigen Fortschritt dar: Erstens trage die Vereinbarung zur Bekämpfung der Fluchtursachen bei und verbessere die Bleibeperspektiven der Menschen in den Fluchtregionen. Zweitens verbessere sie die Situation vieler Flüchtlinge in der Türkei, etwa im Hinblick auf Bildung und medizinische Versorgung. Dadurch nehme der Anreiz für die Flüchtlinge ab, weiter nach Westeuropa zu wandern. Und schließlich beinhalte sie wichtige Maßnahmen gegen Schlepper und Schleuser und bekämpfe so die illegale Migration. Damit trage sie zugleich dazu bei, Todesfälle in der Ägäis zu verhindern. „Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens ist die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, auf eine niedrige dreistellige Zahl pro Tag gesunken“, berichtete der Minister.

Abschließend ging er auf die Herausforderung des Erwerbs der deutschen Sprache und der Integration der bleibeberechtigten Flüchtlinge ein. Beides sei unerlässlich, wenn man verhindern wolle, dass Parallelgesellschaften entstehen oder dass Menschen dauerhaft von Sozialleistungsbezug abhängen. Mit dem Integrationsgesetz werde man diesbezüglich wichtige Verbesserungen und Fortschritte erreichen.



Status quo, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven bei der Integration von Flüchtlingen

Dr. h.c. Frank-J. Weise

*Vorstandsvorsitzender der
Bundesagentur für Arbeit, Leiter des
Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge*

„Wir wünschen uns keine Fluchtgründe und wir wünschen uns nicht, dass alle Menschen dann nach Deutschland kommen. Aber wenn sie da sind, müssen wir das gut managen“. Mit dieser Feststellung begann Dr. h.c. Frank-J. Weise seinen Vortrag und umschrieb damit zugleich die zentrale Herausforderung für Politik und Verwaltung angesichts des starken Flüchtlingszustroms. Er erläuterte, dass die Probleme bei der Bearbeitung der Asylverfahren nicht erst im Sommer 2015 mit der politischen Entscheidung, die Grenze offen zu halten, begonnen hätten. Bereits im Januar 2015 sei für den weiteren Jahresverlauf ein deutlicher Rückstau von nicht bearbeiteten Fällen absehbar gewesen. Der starke Anstieg der Flüchtlingszahlen ab der Jahresmitte habe die Situation dann noch einmal verschärft. „Die lange Dauer der Bearbeitung ist für mich ein ganz großes Übel“, betonte Weise und verwies darauf, dass Integrationsbemühungen während dieser Wartezeit notgedrungen auf der Strecke blieben. Vorrangig sei daher eine deutliche Beschleunigung der Verfahren. Als Ziel postulierte er eine Durchschnittsdauer von drei Monaten – damit läge man in Europa an der Spitze.

Der Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schätzte, dass von den in den Jahren 2013 bis 2015 gekommenen Flüchtlingen rund 1,2 Millionen in Deutschland geblieben seien. Bei einer Fortschreibung der bisherigen Schutzquote von etwa 55 Prozent sei am Ende mit rund 660.000 Asylberechtigten zu rechnen. Selbst wenn in diesem Jahr weitere 300.000 Asylberechtigte hinzukämen, handele es sich um eine lösbare Aufgabe und nicht um ein „Jahrhundertereignis“. Problematisch sei aus gegenwärtiger Sicht vor allem, dass zahlreiche Flüchtlinge noch nicht zentral erfasst worden seien und noch keinen Asylantrag gestellt hätten. Bis Jahresende könne das BAMF aber etwa eine Million Verfahren entscheiden und damit sowohl den bestehenden Antragsrückstau als auch die noch nicht gestellten Asylanträge von sich bereits im Lande befindenden Flüchtlingen abarbeiten, zeigte sich Weise überzeugt. Den deutlichen Anstieg gegenüber den 170.000 Fällen,

die im Jahr 2015 entschieden worden seien, erreiche man durch weitreichende administrative Verbesserungen sowie zusätzliches Personal. Als wichtige Maßnahme hob er die neu geschaffenen Ankunftszentren hervor, in denen etwa 50 Prozent der Fälle innerhalb von nur zwei Tagen erledigt werden könnten. Ein innovativer Fortschritt sei darüber hinaus das zeitsparende Hinzuziehen von Videodolmetschern über das Internet, wodurch sich Sprachprobleme vor Ort vergleichsweise einfach lösen ließen. Positiv wirke sich auch die elektronische Gerichtsakte aus, die zu einer erheblichen Beschleunigung der Verfahren führen könne, wenn gegen ablehnende Asylentscheidungen geklagt werde. Als wichtigen Durchbruch wertete der Leiter des BAMF schließlich den sogenannten Ankunftsnachweis. Die damit verbundene Möglichkeit für die Politik, Flüchtlingen für eine begrenzte Zeit eine Wohnsitzauflage zu machen, beispielsweise um ihre Zuordnung auf Regionen mit verfügbarem Wohnraum zu verbessern, sah er hingegen mit Blick auf die Beschäftigungsperspektiven ambivalent.

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt warnte Weise vor zu großer Euphorie: „Wie beim Flüchtlingsmanagement ist es kein Glücksfall, dass die Menschen zu uns kommen“. Das Demographie- und Fachkräfteproblem werde sich so nicht lösen lassen, weshalb man auf gesteuerte Zuwanderung nicht verzichten dürfe. Gleichwohl müssten die Flüchtlinge, die da sind, möglichst schnell integriert werden, forderte Weise. Dies gelinge am besten, wenn man drei Dinge simultan kombiniere: „Arbeit plus Sprache plus kleine Lebensgemeinschaft“. Ein zeitraubendes und von Wartezeiten geprägtes Nacheinander von Sprachkursen und anschließender Arbeitssuche sei hingegen weniger erfolgversprechend. Vielmehr sollten die Flüchtlinge möglichst schnell mit dem Arbeitsmarkt und den Betrieben in Kontakt kommen – beispielsweise über arbeitsmarktpolitische Instrumente. Glücklicherweise sei der Arbeitsmarkt derzeit in guter Verfassung und man müsse alles tun, damit das so bleibt, schloss Weise seinen Vortrag.

Wie bewältigen wir die Flüchtlingsströme nach Deutschland und Europa und wie kann die Integration der Flüchtlinge gelingen? Diskussion mit Impulsstatements



Dr. Matthias Ruete, Dr. Carsten Linnemann MdB, Margaret Heckel (Moderatorin der Tagung), Luise Amtsberg MdB und Dilek Kolat MdB (v.li.).

Dr. Matthias Ruete

Generaldirektor der Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission

Dr. Matthias Ruete warf eingangs seines Statements einen kritischen Blick auf das Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten und der europäischen Ebene bei der Integrations- und Einwanderungspolitik in der Vergangenheit. Lange Zeit hätten die Mitgliedstaaten Europa eher zur Seite gestellt, sich darauf konzentriert, eigene Wege zu gehen, und die europäische Politik nur als „Schönwetter-Politik“ gestaltet. Die Entwicklungen der letzten zwei Jahre hätten allerdings gezeigt, dass diese Strategie, wenn es darauf ankommt, nicht funktioniert, so dass man nun dabei sei, die europäische Einwanderungs-, Asyl- und Integrationspolitik vollständig umzubauen. Der EU-Beamte betonte, dass Integrationspolitik nicht erst in den Destinationländern anfangen dürfe, sondern bereits in den Ursprungsländern der Migration beginnen und in den Transitländern weiter fortgesetzt werden müsse. Allerdings könne die europäische Ebene letztlich immer nur subsidiär helfen.

Von einer Situation unregulierter Flüchtlingsströme wolle man zu einer gesteuerten Resettlement-Politik kommen und bewusst Flüchtlinge aus der Türkei, Jordanien oder dem Libanon in Europa aufnehmen, erläuterte Ruete. Darüber hinaus müsse man auch innerhalb der EU Fortschritte erzielen. Diesbezüglich warf er die Frage eines Umbaus der europäischen Regional- und Sozialprogramme und einer engeren Verknüpfung der Migrationspolitik mit der Außen- und Entwicklungspolitik auf.

Mit Blick auf die Anerkennung von Flüchtlingen erinnerte Ruete daran, dass die EU selbst keine Asylverfahren durchführe, sondern lediglich versuche, einen einheitlichen

Rahmen für die Asylverfahren in ganz Europa zu schaffen. Um diesen zu verbessern, werde man in naher Zukunft einen Vorschlag für eine vollständige Überarbeitung des europäischen Asylrechts vorlegen.

Dr. Carsten Linnemann MdB

CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Dr. Carsten Linnemann MdB würdigte in seinem Impulsstatement zunächst die faktenreichen und teils aufrüttelnden Vorträge seitens der Wissenschaft sowie von Frank-J. Weise. Es sei wichtig, ein realistisches Bild von der tatsächlichen Dimension der Herausforderung zu bekommen. „Im September 2015 entstand ja der Eindruck, dass lauter syrische Ärzte kommen“, erinnerte Linnemann. Inzwischen müsse man das Qualifikationsniveau vieler Flüchtlinge jedoch sehr viel nüchterner sehen, betonte der CDU-Politiker und schlussfolgerte, dass ihre angestrebte Integration dadurch nicht einfacher werde. Man werde diese Herausforderung nur schaffen, wenn man die Flüchtlingszahlen im Vergleich zum Herbst 2015 nachhaltig senken könne. Aus seiner Sicht seien damals gravierende Fehler gemacht worden. Zum einen habe man den Eindruck entstehen lassen, dass Regeln nicht gelten würden. Zum anderen hätten einige wenige Wirtschaftsvertreter aus seiner Sicht ein fatal optimistisches Signal in die Welt gesendet. „Ich hoffe, dass wir jetzt auf einem einigermaßen vernünftigen Weg sind“, beurteilte Linnemann die aktuelle Lage Mitte April 2016. Er forderte eine klare Trennung zwischen humanitärer Hilfe und Wirtschaftsflüchtlingen. Für Letztere sei das Asylsystem nicht gemacht und man müsse deren Fluchtmotive mit anderen Mitteln angehen.

Mit Blick auf die anstehenden Integrationsaufgaben betonte Linnemann zum einen die Bedeutung des Erlernens der deutschen Sprache. Zum anderen sprach er sich für möglichst dezentrale Lösungen bei der Flüchtlingsintegration aus. „Ich glaube, das geht nur vor Ort“. Voraussetzung sei, dass man die Kommunen mit ausreichend finanziellen Ressourcen ausstattet und ihnen zudem die notwendigen rechtlichen Freiräume gibt, passende Lösungen entwickeln zu können. Linnemann schloss mit dem Hinweis, dass eine erfolgreiche Integration nur dann gelingen könne, wenn man die Probleme weder schönrede noch bei allem schwarzsehe.

Luise Amtsberg MdB

*Sprecherin für Flüchtlingspolitik
der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen*

Luise Amtsberg MdB bezog in ihrem Impulsstatement zunächst Position zur globalen und europäischen Dimension der Flüchtlingskrise. Sie unterstrich, dass man die Türkei angesichts ihrer geographischen Lage als Teil einer Lösung begreifen müsse, äußerte jedoch Zweifel an der von der EU ausgehandelten Vereinbarung. Problematisch sei vor allem, dass die Türkei den Flüchtlingen keine ausreichenden Zukunftschancen böte und nur geringe Anstrengungen für eine Integration der Schutzsuchenden unternähme. Die Sprecherin für Flüchtlingspolitik von Bündnis 90/Die Grünen warnte daher, dass Europa nicht nur die Begrenzung der Flüchtlingszahlen als Ziel vor Augen haben dürfe, sondern auch auf die Einhaltung von menschenrechtlichen Standards achten müsse. Diesbezüglich wünschte sie sich mehr politischen Druck auf die Türkei.

Gerade aus deutscher Perspektive gebe es gute historische Gründe für das Grundrecht auf Asyl. Diese dürfe man in schwierigen Zeiten, wenn das Grundrecht in Anspruch genommen werde, nicht außer Acht lassen. Die von einigen europäischen Ländern geäußerte Kritik an der deutschen Flüchtlingspolitik und das fehlende Verständnis für die Aufnahme schutzbedürftiger Menschen habe sie als junge Europäerin geradezu schockiert, berichtete Amtsberg. Sie plädierte dafür, die mit der Zuwanderung von Flüchtlingen verbundenen Chancen stärker in den Vordergrund zu stellen. Beispielsweise könnten die vereinzelt bereits erkennbar werdenden negativen Auswirkungen des demographischen Wandels abgemildert werden. Zudem kämen einige der sozialpolitischen Maßnahmen, die durch die hohen Flüchtlingszahlen angestoßen wurden, auch anderen Gruppen zugute, argumentierte Amtsberg. Daher müsse zum einen stärker als

bisher in Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung investiert werden. Zum anderen plädierte die Politikerin von Bündnis 90/Die Grünen für eine deutliche Entbürokratisierung der Asylverfahren, um diese zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Dilek Kolat MdA

*Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit,
Integration und Frauen des Landes Berlin*

Dilek Kolat MdA befasste sich in ihrem Impulsstatement zunächst mit der Situation der Flüchtlinge vor Ort in Berlin. Sie räumte ein, dass es zu Beginn der Flüchtlingskrise einige Probleme aufgrund des unerwartet großen Ansturms gegeben habe. Inzwischen habe man allerdings beträchtliche organisatorische Verbesserungen erzielen können und setze bewusst einen Schwerpunkt beim Thema Integration. Die damit verbundenen Herausforderungen könnten die Länder und Kommunen allerdings nicht alleine stemmen, sondern seien auf finanzielle Unterstützung vom Bund angewiesen. „Ohne Geld wird es nicht gehen“, formulierte die Berliner Senatorin in Richtung Bundespolitik.

Mit dem „Masterplan Integration und Sicherheit in Berlin“ sei es gelungen, wegweisende Weichenstellungen für eine bessere Integrationspolitik vorzunehmen, zeigte sich die Landespolitikerin überzeugt: „Bereits bei der Ankunft beginnt bei uns der Integrationsprozess“. Die neu geschaffenen Organisationsstrukturen, die alle wichtigen Institutionen unter einem Dach bündelten, könnten Vorbildcharakter für andere geplante Ankunftszentren haben. Insbesondere sei auch die Bundesagentur für Arbeit direkt vor Ort, so dass schon bei Ankunft der Flüchtlinge ihre Kompetenzen im Rahmen eines Erst-Profilings festgestellt werden können. Für die Arbeitsmarktintegration sei darüber hinaus ein möglichst schneller Spracherwerb unerlässlich. Daher begrüßte sie, dass Flüchtlinge inzwischen bereits vor Abschluss der Asylverfahren Zugang zu Integrations- und Sprachkursen bekommen könnten.

Schließlich sei der Integrationserfolg von Flüchtlingen auch von geeigneten Wohnformen sowie – im Bildungsbereich – durch ausreichend gut ausgestattete und organisierte Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Schulen sowie besondere Programme und Instrumente im Bereich der dualen Ausbildung abhängig. In Berlin habe man jedenfalls die „Ärmel hochgekrempt“, um die „Jahrzehnteaufgabe“ Flüchtlingsintegration erfolgreich anzugehen. Jetzt brauche man allerdings noch etwas Geld vom Bund, schloss die Berliner Senatorin.

